

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Christopher Gohl, Michael Theurer, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Nicole Bauer, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Marco Buschmann, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Torsten Herbst, Katja Hessel, Dr. Gero Clemens Hocker, Manuel Höferlin, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Karsten Klein, Dr. Lukas Köhler, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Alexander Müller, Dr. Martin Neumann, Matthias Nölke, Matthias Seestern-Pauly, Judith Skudelny, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Katja Suding, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Gerald Ullrich, Sandra Weeser, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Auswirkungen der Corona-Krise auf bürgerschaftliches Engagement

Durch die COVID-19-Pandemie haben Lockdowns und Regelungen zum Homeoffice das öffentliche Leben stark beeinträchtigt. Durch die damit einhergehenden Kontaktbeschränkungen konnten viele Vereine ihre satzungsgemäßen Aufgaben gar nicht mehr oder nur stark eingeschränkt ausüben. Es ist der Eindruck entstanden, dass das bürgerschaftliche Engagement erheblich beeinträchtigt war und ist.

Dieses hat beispielsweise die „Süddeutsche Zeitung“ am 5. April 2021 thematisiert: <https://www.sueddeutsche.de/bayern/bayern-corona-vereine-ehrenamt-1.5253619>.

Gleichzeitig wurden die Möglichkeiten der digitalen Kommunikation vermehrt genutzt, um die gerissenen Lücken im Engagement zu schließen. Die digitalen Möglichkeiten haben zugleich auch die Grenzen der digitalen Partizipation dort aufgezeigt, wo durch finanzielle Limitierungen technische Geräte nicht angeschafft werden konnten oder der persönliche zwischenmenschliche Kontakt den Kern des jeweiligen Engagements ausmacht.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie im Zeitraum von März 2020 bis April 2021 hinsichtlich der Entwicklung von bürgerschaftlichem Engagement allgemein?

2. Wo sieht die Bundesregierung Auswirkungen auf bürgerschaftliches Engagement durch die COVID-19-Pandemie?
 - a) Wo sieht die Bundesregierung die geringsten Auswirkungen auf bürgerschaftliches Engagement durch die COVID-19-Pandemie, und warum?
 - b) Wo sieht die Bundesregierung die stärksten Auswirkungen auf bürgerschaftliches Engagement durch die COVID-19-Pandemie, und warum?
3. Welche Gegenmaßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, und gibt es bereits erste Ergebnisse (bitte nach Gegenmaßnahmen, Inhalt der Gegenmaßnahmen, Zeitrahmen, Kosten und Bundesland, in dem die Gegenmaßnahmen eingesetzt wurden, auflisten)?

Berlin, den 9. Juni 2021

Christian Lindner und Fraktion